

Hoher Besuch zu Gast im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Am Mittwoch war Helen Clark, die Leiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zu Gast im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Sie sprach zum Thema der Relevanz einer neuen Strategie für die Entwicklungspolitik, der neuen SDG Agenda. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die erschwerenden Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklungspolitik durch Krisen, fragile Staaten und Naturkatastrophen die zu humanitären Katastrophen werden. Sie plädierte daher für eine verlässliche Finanzierung um eine Infrastruktur für ein besseres Leben organisieren zu können.

Sie freute sich besonders, Gast in Deutschland zu sein, weil Deutschland im Kontext der Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle einnimmt. Als gutes Beispiel für die Rechtsstaatlichkeit, die Arbeitsorganisation, die die wirtschaftliche Kraft machen eine gute Regierung aus. Sie wünscht sich für die Formulierung der Ziele in der Entwicklungspolitik eine universelle Agenda, derzeit gibt es 17 Grundziele, unter die sich noch 200 Unterziele gruppieren.

Die UNDG ist bemüht, die Partner- und Schwellenländer besser in Planungsprozesse einzubeziehen

und hofft damit, dass über die diplomatischen Beziehungen hinweg die Informationen und Bemühungen auch bei den Bürgern ankommt. Diese sollten im gesamten mehr einbezogen werden, um stabile, demokratische Prozesse in den Ländern zu erwirken. Auch die Kooperation mit der UN, der WHO, ILO und UNESCO soll als Netzwerk besser genutzt werden.

Michaela Engelmeier: „Ich fand die anschließende Diskussion im Ausschuss sehr spannend, vor allem vor dem Hintergrund, nur mit verstärktem Engagement die Welt ein Stück besser zu machen und den Nährboden für Armut und Gewalt zu entziehen“. ■

Armut und Ungleichheit bekämpfen

Am 26. März 2015 haben EU-Kommissar Neven Mimica und Staatssekretär Jörg Asmussen die Fraktionsveranstaltung „Europäische Verantwortung in einer globalen Welt“ thematisch eröffnet. Wir wollen erörtern, wie das europäische Jahr der Entwicklung, die UN-Post-2015-Agenda und die Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion dazu beitragen können, Armut und Ungleichheit zu reduzieren und „Gute Arbeit“ weltweit durchzusetzen.

Trotz der Fortschritte des 2000 gestarteten 15-jährigen Millennium-Development-Goals-Prozesses leben immer noch über eine Milliarden Menschen in extremer Armut. Wir wollen weiter an der Beseitigung dieses unerträglichen Zustands arbeiten und unterstützen daher auch den vorgelegten Entwurf der UN-Arbeitsgruppe zur Post-2015-Agenda. Diese wird im September 2015 von der UN beschlossen und gilt für alle Staaten – ein Quantensprung für die globale Entwicklung.

In unserem Antrag „Gute Arbeit weltweit“ haben wir klar gestellt, dass Unternehmen, Gewerkschaften und Regierungen weiter daran arbeiten müssen, dass in Entwicklungs- und Schwellenländern faire Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen herrschen. Wir haben alle, auch als Konsumenten, die Verantwortung, soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards entlang der globalen Lieferketten zu schaffen. Wir stehen an der Seite des DGB.

Wir Sozialdemokraten wollen die Ungleichheit zwischen und innerhalb der Staaten so weit wie möglich reduzieren. Ungleichheit ist sozialer Sprengstoff. Vor dem Hintergrund des Ausmaßes der globalen Armut ist es nicht hinnehmbar, dass ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des Weltvermögens besitzt. ■